

Hinweis: Die Niederschrift ist bis zu ihrer Genehmigung vorläufig. Da bei der Genehmigung der Niederschrift, die in einer der nächsten Sitzungen erfolgt, noch Ergänzungen und Änderungen beschlossen werden können, sollte dann auch in diesen Sitzungen der Tagesordnungspunkt „Genehmigung der Niederschrift“ aufgerufen werden.

AStEnt/006/2021-2026

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Stadtentwicklung, Klima-/Umweltschutz und Wirtschaft
vom 29.04.2026**

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:42 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	VorlNr.
--------------	--	---------

Vors. Schäfer eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2	Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge	VorlNr.
--------------	--	---------

Bgm Oestmann informiert, dass die Tagesordnungspunkte (TOPs) 8, 9 und 14 von der Tagesordnung gestrichen werden. Der TOP 8 (Vorlagennummer 1035/2021-2026) werde in einer der nächsten Sitzungen nachgeliefert. Der TOP 9 (Vorlagennummer 1015/2021-2026) werde ebenfalls zu einem späteren Zeitpunkt beraten.

Der TOP 14 (Sachstandsbericht Städtebauförderung) könne aufgrund bereits vorliegender Einzelthemen von der Tagesordnung entfallen.

Des Weiteren schlägt er vor, dass der TOP 6 (Vorstellung der Finanzplanung und Mittelbewirtschaftung der Sanierungsgebiete „Innenstadt und Niederungen“ und „Wohngebiet Auf dem Loh“ durch Fr. Vorwerk (BIG Städtebau GmbH)) aufgrund der längsten Anreise von Frau Vorwerk im Anschluss an TOP 3 (Genehmigung der Niederschrift vom 10.02.2026) folge.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Klima-/Umweltschutz und Wirtschaft stimmt mit den vorgetragenen Änderungen von Bgm Oestmann einstimmig der Tagesordnung zu.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Klima-/Umweltschutz und Wirtschaft genehmigt bei drei Enthaltungen die Niederschrift vom 10.02.2026.

TOP 4 Vorstellung der Finanzplanung und Mittelbewirtschaftung der Sanierungsgebiete "Innenstadt und Niederungen" und "Wohngebiet Auf dem Loh" durch Fr. Vorwerk (BIG Städtebau GmbH) VorlNr.

Bgm Oestmann führt an, dass Frau Vorwerk gebeten worden sei, aus Sicht des Sanierungsträgers über die Finanzplanung der Städtebauförderung zu informieren.

Frau Vorwerk stellt anhand einer Präsentation die Finanzplanung und Mittelbewirtschaftung der Sanierungsgebiete „Innenstadt und Niederungen“ und „Wohngebiet Auf dem Loh“ vor. Hierbei geht sie unter anderem auf die Darstellung der Fördermittelverteilung ein.

Bgm Oestmann ergänzt zu der Maßnahme der Erneuerung der Straßenbeleuchtung, dass die Straßenlaternen im Eigentum der Stadtwerke liegen und von diesen ertüchtigt würden. Im Bereich der Innenstadt solle in Abstimmung mit der Bevölkerung und den Geschäftsleuten die Straßenbeleuchtung erneuert werden. Das Delta zwischen dem technischen Erfordernis, welches von den Stadtwerken getragen würde, und dem Wunsch der Bevölkerung und der Geschäftsleute solle über die Städtebauförderung finanziert werden. Im Fokus würde der Bereich vom Ärztezentrum bis hin zu Am Sande inklusive Große Straße und Nebenstraßen stehen.

RH von Hoyningen-Huene möchte wissen, ob es sich bei der Maßnahme „Gestaltungshandbuch“ um die Gestaltung der Bauwerke in der Innenstadt handeln würde.

Bgm Oestmann erwidert, dass alle aufgeführten Maßnahmen keine des laufenden Geschäfts der Verwaltung darstellen würden. Er betont, dass für jede Auftragserteilung und konkretisierte Planung Beschlüsse der Politik bevorstehen würden. Auf politischen Wunsch können Mittel anderweitig Verwendung finden.

Bgm Oestmann entgegnet auf Nachfrage von RF Dembowski zur Maßnahme „Gestaltungshandbuch“, dass aufgrund verschiedener Ansichten über Konkretes gesprochen würde, sobald die Thematik auf der Tagesordnung erscheine.

RF Dembowski erkundigt sich nach der Maßnahme „Freiflächengestaltung vor der Sparkasse“.

AL Lauchart antwortet, dass es zur Gestaltung vor dem Sparkassengebäude kürzlich eine Abstimmung mit der Sparkasse und dem BUND gegeben hatte. Die Sparkasse würde die Kosten für die Pflanzen übernehmen. Die Stadt würde die Fläche überarbeiten, entsiegeln und die Pflanzung vornehmen. Hintergrund sei, dass bei Ausschreibung der Pflanzung mit bauseits gestellten Pflanzen von keinem die Gewährleistung gegeben werden könne, dass die Pflanzen anwachsen würden. Aufgrund dessen würde die Maßnahme als Gesamtmaßnahme ausgeschrieben und die Sparkasse werde zumindest die Kosten für die Pflanzen übernehmen. Dies würde einen relativ praktikablen Weg darstellen, da die Gewährleistung der Fertigstellungspflege und Entwicklungspflege für die ersten zwei Jahre gegeben sei, so dass die Pflanzen auch tatsächlich anwachsen.

Frau Vorwerk führt die Präsentation mit dem Sanierungsgebiet „Wohngebiet Auf dem Loh“ fort.

Bgm Oestmann informiert zu dem ersten Bauabschnitt der Freizeitanlage im Sandhasenweg, dass durch eine andere Kommune 200.000 Euro für das Sanierungsgebiet „Wohngebiet Auf dem Loh“ erhalten werden konnten. Im ersten Bauabschnitt sollen der Lärmschutzwall, der Soccer-Court und das Basketballfeld hergestellt werden. Die Umsetzung dieses Bauabschnittes solle dieses Jahr erfolgen.

RF Dembowski erkundigt sich nach dem Engagement der Wohnungsbaugenossenschaften. Sie wünscht, dass ähnliche vorgenommene Umbauten von diesen im Sanierungsgebiet „Wohngebiet Auf dem Loh“ umgesetzt würden.

Frau Vorwerk entgegnet, dass die Wohnungsbaugenossenschaften an Informationsversammlungen teilgenommen hatten. Diese haben sich insgesamt, auch anlässlich der Rahmenplanung, positiv geäußert. Als Stadt sei man in der ersten Dynamik in der Position, in welcher mit den eigenen Maßnahmen gezeigt werden müsse, dass man an sich selbst glaube. Die Geschosswohnungsbauten würden die positive Marktentwicklung genießen. Die Mieten seien stabil. Des Weiteren würde die Stadt sehr viel für bezahlbaren Wohnraum leisten. Es gebe zudem eine nicht unwesentliche Anzahl an Wohnungseigentümergeinschaften, welche in der privaten Gebäudemodernisierung tätig würden.

RH von Hoyningen-Huene stellt fest, dass es keine Gesamtübersicht über zehn bis fünfzehn Jahre in der Städtebauförderung gebe.

Frau Vorwerk erklärt die Herangehensweise des Projektmanagements in der Städtebauförderung.

Stv. Vors. Dr. Rinck erkundigt sich nach Zinszahlungen.

Frau Vorwerk antwortet, dass diese im Grunde genommen zukünftig nicht mehr anfallen würden. Sie unterstreicht die Wichtigkeit der Mittelabrufe.

RH von Hoyningen-Huene möchte wissen, ob es für die Zeit der Städtebauförderung eine Gesamtprojektübersicht gebe.

Frau Vorwerk erklärt ausführlich den Ablauf und Hintergrund der Projektplanung.

TOP 5 22. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil B, Unterstedt (Sondergebiet Solarpark nördlich der K 217) und Bebauungsplan Nr. 16 - Sondergebiet Solarpark nördlich der K 217 -; Aufstellungsbeschluss, Zustimmung zu den Planentwürfen, Beschluss zur Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

VorlNr.
1059/2021-2026

Bgm Oestmann leitet zum Hintergrund ein, dass vor einiger Zeit im Rat eine Rahmenplanung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) aufgestellt worden sei. Die Anlehnung erfolgte an das Ziel des Landes Niedersachsen, einen gewissen Anteil der Flächen für PV-FFA anzubieten. Die Zielsetzung sei bereits mit damaligen Planungen erfüllt und bekanntgegeben worden. Die Stadt hätte nicht mehr eigenständig aktiv werden müssen. Jedoch sei damals bereits betont worden, dass die Verwaltung Wünschen der Ortschaften auf Errichtung von PV-FFA nicht widersprechen würde.

Im Ortsrat Unterstedt seien drei Vorhaben zu PV-FFA vorgestellt worden. Hierbei seien zwei Vorhaben mehrheitlich in einem Grundsatzbeschluss beschlossen worden mit dem Auftrag Bebauungspläne entsprechend vorzubereiten. Das heutige Vorhaben würde eines der zwei empfohlenen Projekte darstellen. Jedoch würde der Stadtentwicklungsausschuss hierüber mit der heutigen Sitzung vor dem Ortsrat Unterstedt beraten. Aufgrund dessen sei vorab mit

dem Ortsbürgermeister und dessen Vertreterin abgestimmt worden, dass die Verwaltung empfehle, dass der Stadtentwicklungsausschuss für sich seinen Beschluss vorbehaltlich der Zustimmung des Ortsrates Unterstedt fasse. Er weist darauf hin, dass bei keiner vorliegenden Zustimmung des Ortsrates die heutige Empfehlung nicht wirksam sei.

Herr Lichtblau stellt sich kurz vor. Er stellt anhand einer Präsentation ausführlich die Bauleitplanung vor.

RH von Hoyningen-Huene erkundigt sich innerhalb der Bauausführung nach Agri-Photovoltaik (Agri-PV) und der Beteiligung der Stadtwerke.

Herr Dr. Schaubé antwortet hierauf ausführlich.

RF Dembowski spricht ihre Enthaltung aus.

RF Kettenburg äußert zum Vorhaben Bedenken und spricht ihre Enthaltung aus.

Bgm Oestmann verliert den Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Klima-/Umweltschutz und Wirtschaft empfiehlt den anliegenden Beschlussvorschlag vorbehaltlich der Zustimmung des Ortsrates Unterstedt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Klima-/Umweltschutz und Wirtschaft empfiehlt vorbehaltlich der Zustimmung des Ortsrates Unterstedt bei vier Enthaltungen folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt, die 22. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil B, Unterstedt (Sondergebiet Solarpark nördlich der K 217) einzuleiten und den Bebauungsplan Nr. 16 – Sondergebiet Solarpark nördlich der K 217 – gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Das Änderungs- bzw. Plangebiet ist im anliegenden Lageplan dargestellt.
2. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Rotenburg (Wümme) stimmt den Planentwürfen zu und beschließt, die Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen und die frühzeitige Anhörung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.



AL Lauchart leitet ein, dass das Thema der Ausgleichsfläche fehle. Die Weiterentwicklung des Baugebietes „Vor dem Stockforth“ bedingt jedoch, dass für die Straße eine Ausgleichsfläche bereitgestellt werden müsse. Die fehlende Ausgleichsfläche habe allerdings keine großen Auswirkungen auf das Verfahren, da der Verwaltungsausschuss (VA) den Beschluss zur Auslegung der Bauleitplanung fassen werde. Es werde seitens der Verwaltung empfohlen, dass die politische Beratung vorgenommen werde, damit bei vorliegender Ausgleichsfläche der Beschluss vom VA gefasst werden könne.

Herr Mock stellt anhand einer Präsentation die angepasste Bauleitplanung und die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung vor.

RH von Hoyningen-Huene erkundigt sich nach der Notwendigkeit der siebzigprozentigen Pflasterung der östlichen Erschließungsstraße.

Herr Mock erwidert, dass die siebzig Prozent dem Sicherheitsfaktor dienen würden, da nicht mehr als dieser Prozentsatz versiegelt werden dürfe. Ob die siebzig Prozent Anwendung finden, sei unklar.

AL Lauchart ergänzt, dass die Straße ausgebaut werde wie das bisher entwickelte Straßenausbaubereich. Es werde ein verkehrsberuhigter Bereich, sprich eine Spielstraße, hergestellt. Dies bedeute, dass im Straßenraum öffentliche Stellflächen ausgewiesen würden. Im vorgestellten zehn Meter breiten Straßenquerschnitt würde die Oberflächenwasserversickerung über eine oberflächennahe Versickerung erfolgen. Da der Boden versickerungsfähig sei, müsse das Regenwasser nicht zwingend kanalisiert werden. Das Wasser auf den Grundstücken würde dort versickern. Das Wasser aus der Straße würde in dem Versickerungsgraben versickern. Letzterer würde einen Anschluss an das Kanalnetz erhalten. Die Straßenplanung sehe einen beidseitigen Verkehr vor. Zum einen, weil es eine recht lange Straße sei, und zum anderen, weil die Straße aufgrund der Spielstraße verschwenkt werden müsse. Ähnlich wie im Endausbau im Gesamtgebiet würde es Einengungen in Form von Bauminseln geben. Dies führe neben den öffentlichen Stellflächen zu einer Verkehrsdämpfung. Er unterstreicht, dass bei einer Einbahnstraßenregelung der Verkehrsraum nicht unweigerlich schmaler geworden wäre.

RF Dembowski fragt, ob es bezüglich der Versetzung des Zauns Gespräche mit dem Reitverein gegeben habe.

Bgm Oestmann erwidert, dass Gespräche noch geführt werden müssten.

RF Dembowski hakt nach, wieso keine Einbahnstraße mittels Verkehrsreduzierung möglich sei.

Bgm Oestmann antwortet, dass erfahrungsgemäße Feststellungen gezeigt hätten, dass gerade Straßen zum Rasen animierten. Gerast werde hierbei meist von Anwohnenden. Zudem würden „Huckel“ zu einem starken Abbremsen und Beschleunigen führen. Die einzige Möglichkeit, die den Verkehr beruhigen würde, seien Verschwenkungsmaßnahmen. Hierfür sei eine entsprechende Straßenbreite erforderlich. Eine Einbahnstraße würde nicht helfen, da auch hier eine Verschwenkung vorgenommen werden müsse.

RF Dembowski möchte wissen, wie viele Tiny-Häuser entstehen würden.

Herr Mock antwortet, dass er hierzu keine konkrete Antwort geben könne. Er schätzt zwanzig bis dreißig Tiny-Häuser.

RF Dembowski erkundigt sich, ob es denkbar sei, die Nutzer der Tiny-Häuser einzuladen, eine naturnahe Gartengestaltung vorzunehmen.

Herr Mock entgegnet, dass seiner Meinung nach grundsätzlich die Gestaltung einer Fläche bei den Eigentümern liegen solle.

RH Lüttjohann erkundigt sich nach der Art der Tiny-Häuser.

Herr Mock erklärt, dass die Bezeichnung Tiny-Haus nicht konkret bestimmt sei.

RF Hellwig möchte wissen, wo die Bedarfe abgefragt worden seien bzw. woraus sich die Bedarfe ergäben.

Herr Mock entgegnet, dass die Mitteilungen von Interessenten an die Stadt oder direkt an sie als Planer zugegangen seien.

RH Fuchs äußert, dass vermutlich die Straße zum Parken genutzt würde statt der vorgesehenen öffentlichen Stellflächen. Er wirft die Frage auf, ob die Möglichkeit bestünde, Einwohnerparken einzurichten.

Bgm Oestmann erinnert daran, dass man sich aktuell in der Bauleitplanung befinde. Bei der Ausgestaltung könne man sich hierüber unterhalten.

Hinzugewähltes Mitglied Weiße äußert seine Kritik am Wording „Tiny-Häuser“.

RF Hellwig fragt, ob durch das Bauvorhaben mögliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen seien.

Herr Mock bejaht. Es handle sich um die Fortschreibung des Baugebietes.

RF Dembowski äußert Skepsis gegenüber der Bebauung.

RH von Hoyningen-Huene möchte wissen, was gegen eine Verkleinerung der Grundflächenzahl spreche.

Herr Mock erwidert, dass die Erforderlichkeit nicht gegeben sei.

Bgm Oestmann erinnert abschließend daran, dass man sich im Auslegungs- und nicht im Satzungsbeschluss befinde. Die Thematik der Ausgleichfläche müsse behandelt werden, ehe es weitergehen könne. Die Auslegung stelle hierbei den jetzigen Planungsstand dar. Nach Erhalt der Einwände könne über Weiteres gesprochen werden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Klima-/Umweltschutz und Wirtschaft empfiehlt bei zwei Enthaltungen folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Verwaltungsausschuss erhebt die Vorschläge des Bürgermeisters zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Anhörung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Beschluss.
2. Der Verwaltungsausschuss beschließt, die Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen und die Entwürfe der 45. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil A, Kernstadt (Vor dem Stockforth) und des

TOP 7 Einrichtung einer freiwilligen Arbeitsgruppe "Stadtentwicklung - gemeinsam gestalten"

VorlNr.
1046/2021-2026

Bgm Oestmann führt zum Hintergrund aus, dass dieser TOP aufgrund einer Diskussion in diesem Ausschuss eingeführt worden sei. Diese sei einigen Mitarbeitern im Bauamt sehr nahegelegen. Es sei mehr oder weniger die Kompetenz abgestritten worden, im laufenden Geschäft der Verwaltung die Entscheidung zu treffen, was für die Politik wichtig sei und was nicht. Des Weiteren sei aus dem Ausschuss mitgenommen worden, dass man die Politik über gewisse Sachstände nicht ausreichend informiere. Vor diesem Hintergrund sei der Vorschlag zur Einrichtung dieser Arbeitsgruppe herangetragen worden. Er unterstreicht, dass das Gesagte „sitzen“ und auch ankommen werde.

Stadtplanerin Egbringhoff äußert, dass es seit längerer Zeit lebhaftere Diskussionen zu Gestaltungen oder jüngst zum Bauturbo gegeben habe. Der Wunsch zur Auseinandersetzung mit der Politik zu Themen sei wahrgenommen worden. Die zu behandelnden Themen würden je nach Fragestellung aufgenommen. Der ungünstige Zeitpunkt vor den anstehenden Wahlen sei ihnen bewusst, jedoch könne man sich hierüber innerhalb der Fraktionen Gedanken machen.

Stv. Vors. Dr. Rinck äußert, dass es sich hierbei um ein großzügiges Angebot handle. Er schlägt vor, dass über das Angebot nach der Konstituierung des Rates weitergesprochen werde.

RF Dembowski wünscht, dass es eine Protokollführung gebe, welche allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werde, damit die Ergebnisse innerhalb der Fraktionen ausdiskutiert werden könnten.

RH Fuchs äußert seinen Dank für den gemachten Vorschlag und stimmt Stv. Vors. Dr. Rinck zu. Er regt an, dass eine Planungsrunde zu klärenden Fragen wie bspw. den Vorstellungen, Wünschen, Sitzungszeiten und zu behandelnden Themen im Vorhinein durchgeführt werde. Dies könne vor den Wahlen erfolgen, um im Anschluss beginnen zu können.

Bgm Oestmann schlägt vor, dass Rückmeldungen erfolgen können, damit ein gemeinsamer Weg gefunden werden könne. Er glaubt, dass die Ausführung in der nächsten Wahlperiode vorgenommen werde.

TOP 8 Mitteilung zum Neubau einer Zweifeldturnhalle Schule am Grafel - Sachstandsbericht zur Umsetzungsplanung

VorlNr.
1063/2021-2026

Abt.-Leiterin Schumacher weist darauf hin, dass jede Förderung unterschiedliche Anforderungen habe.

RH Fuchs äußert seinen Dank und erkundigt sich nach der Empfehlung der Verwaltung, welche Schritte angegangen werden sollen, bevor der Punkt angelangt sei, dass man nicht weiterkomme, ehe die Frage der Finanzierung geklärt würde.

Abt.-Leiterin Schumacher antwortet, dass erste Gespräche mit den Anwohnern und der Schule vorbereitet werden können. Über Fördermöglichkeiten würde durch eine Mitarbeiterin im Amt für Finanzen informiert.

Bgm Oestmann zitiert ergänzend den Inhalt aus der Vorlage. Sofern das angegangen werden sollte, wären die vorzubereitenden Maßnahmen für den Haushalt 2027 zu berücksichtigen.

RH Lüttjohann wirft die Frage auf, inwieweit bspw. die Unterlagen der Bodo-Räke-Halle zur Kostenersparnis beitragen würden.

Abt.-Leiterin Schumacher entgegnet, dass die Entwurfsplanung anhand der Bodo-Räke-Halle hochgerechnet worden sei.

RH Lüttjohann betont, dass in heutigen Zeiten eine Zweifeldturnhalle, welche zweckmäßig sei, ausreichen würde.

RF Hellwig unterstreicht die Aussage von RH Lüttjohann. Sie betont die Wichtigkeit der Handlungsfähigkeit. Sie äußert ihren Unmut über die nicht gegebene Handlungsfähigkeit im vergangenen Herbst und die Folgen.

Abt.-Leiterin Schumacher antwortet, dass viele Baustellen im Raum stünden. Dennoch würden, sobald Fördermöglichkeiten eingehen, diese geprüft, betont sie.

Bgm Oestmann betont, dass die Mittel nicht aufgebracht werden konnten, da nicht genügend Geld vorhanden sei. Man hätte Millionensummen aus dem Haushalt rausnehmen müssen, um dieses Thema bewerkstelligen zu können. Sofern sich das nicht bald ändere, würde es noch schlimmer werden.

TOP 9 Information zur Planung Wasserspielplatz hinter dem Stadtspeicher

VorlNr.
1055/2021-2026

Herr Salomon berichtet, dass für den Wasserspielplatz ein Piratenschiff aus Robinienholz geplant sei. Zudem seien u.a. ein Matschtisch und eine Schwengelpumpe vorgesehen. Durch die Maßnahme erhoffe man positive Effekte für die Innenstadt. Die Mittel würden aus der Städtebauförderung zur Verfügung stehen. In diesem Jahr würde die Ausschreibung der Bauleistung erfolgen.

Bgm Oestmann ergänzt, dass das Schiff das Ergebnis einer Bürgerbefragung sei. Dieses würde in jedem Fall angeschafft. Der Matschtisch hingegen, sobald der Wasseranschluss gesichert sei.

RF Kettenburg äußert ihre Bedenken zur Ausgestaltung. Sie empfinde das Piratenschiff in Anbetracht der gelungenen Treppenanlage und der einladenden Rasenfläche als fehlplatziert.

RH Lüttjohann möchte wissen, ob die Stadtwerke zum Wasseranschluss befragt worden seien, um den Anschluss herstellen zu können.

Herr Salomon entgegnet, dass man mit den Stadtwerken im Austausch stehen würde.

Bgm Oestmann äußert zu den Bedenken von RF Kettenburg Verwunderung. Das Thema sei mehrfach vorgestellt worden. Ihm sei wichtig, dass dort von jung bis alt alle Menschen angesprochen würden. Der Platz hinter dem Stadtspeicher müsse daher mit Leben gefüllt werden. Dies diene der Attraktivitätssteigerung. Zudem müsse die Bürgerbeteiligung angenommen werden. Enttäuschend sei festgestellt worden, dass von den ganzen Bürgerumfragen und Beteiligungsmöglichkeiten kaum eine Beteiligung der Bürger stattgefunden habe.

RF Kettenburg merkt an, dass das Ergebnis der Bürgerbeteiligung fernab von einer repräsentativen Umfrage sei.

Bgm Oestmann antwortet, dass die Zahlen mitgeteilt worden seien.

RF Fuchs befürwortet das Vorhaben.

RF Hellwig drückt ebenfalls ihre Befürwortung aus.

AL Lauchart weist auf den Lageplan aus der Vorlage hin. Hiernach sei ersichtlich, dass weniger als die Hälfte der Rasenfläche mit dem Wasserspielplatz belegt würde. Der Spielplatz würde in die bestehende Bepflanzung und Vegetation gebaut. Das bedeute, dass ein Großteil der Rasenfläche erhalten bleibe.

TOP 10	Mitteilung zur Auswertung der Bürgerbeteiligung zur Auswahl Stadtmobiliar Große Straße	VorlNr. 1052/2021-2026
---------------	---	---------------------------

Herr Salomon informiert über die Auswertung der Bürgerbeteiligung zur Auswahl des Stadtmobiliars in der Großen Straße. Die finale Auswertung erfolgte unter der Berücksichtigung des Bürgervotums, mit dem Bauhof und der Verwaltung. Aus der Bürgerbeteiligung habe die Sitzbank mit dem Modellnamen „Lauenburg“ gewonnen. Diese werde seitens des Bauhofs und der Verwaltung favorisiert. Es bestehe die Möglichkeit, an diesem Modell Armlehnen anzubringen, welche gerade für Senioren von Relevanz seien. Etwas anders sei das Ergebnis bei den Mülleimern ausgefallen. Hier habe seitens der Bürgerbeteiligung das Modell „Ahlbeck“ die meiste Zustimmung erhalten. Im Rahmen der Gesamtbewertung mit dem Bauhof und der Verwaltung habe man sich jedoch für das zweitplatzierte Modell „Doppelfox“ entschieden. Für die stark gewünschte Pfandablage gebe es mehrere Möglichkeiten. Er betont, dass die Verwaltung dem Wunsch nachkommen möchte. Es gebe bspw. die Möglichkeit zur Anbringung von „Pfandringen“ oder „Pfandtoren“. Die Förderung seitens der Städtebauförderung sei gegeben, sodass hoffentlich bereits in diesem Jahr mit der Umsetzung gestartet werden könne.

Bgm Oestmann ergänzt, dass Belange des Bauhofs gerade bei der Auswahl der Müllbehälter von hoher Priorität seien. Die Entleerung müsse zügig und vernünftig funktionieren. Aufgrund dessen habe man sich für das zweitplatzierte Modell entschieden. Bei der Sitzbank habe der Bauhof die vier Einzelelemente angemerkt, welche bei Graffiti in der Mitte einzeln entfernt werden müssen. Jedoch seien sie ansonsten zufrieden, sodass sich hierfür entschieden worden sei. Wichtig sei, dass man anfangs, um frischen Wind in die Innenstadt zu bringen.

RH von Hoyningen-Huene merkt an, dass ein vom Bauhof nicht geeigneter Mülleimer nicht in die Auswahl gemusst hätte.

Bgm Oestmann erwidert, dass diese im Tagesablauf getestet werden mussten.

RH von Hoyningen-Huene fragt, aus welchem Holz die Sitzbank bestehe.

Abt.-Leiterin Schumacher entgegnet, dass diese aus Eiche bestehe.

RH Fuchs äußert seine Verwunderung über die Farbauswahl des Mülleimers. Je auffälliger Mülleimer gestaltet würden, desto höher sei die Nutzung und desto weniger sei das Umfeld verschmutzt. Er regt an, die Mülleimer zumindest bekleben zu lassen, um mehr auf diese aufmerksam zu machen.

Bgm Oestmann entgegnet, dass man noch nicht in der Beschaffung sei. Die Anregung werde aufgenommen.

Abt.-Leiterin Schumacher ergänzt, dass diese passend zu den Parkbänken sein sollen.

AL Lauchart leitet zum grundsätzlichen Thema Mobilität ein, dass angedacht gewesen sei, dass, bevor ein Mobilitätskonzept in Angriff genommen werde, die Verkehrsanalyse zu der Goethestraße vorliegen müsse. Er betont, dass ein großes Anliegen der Verwaltung gewesen sei, die Verkehrsanalyse heute zu präsentieren. Jedoch liegen bedauerlicherweise die Daten, welche der Öffentlichkeit präsentiert werden sollen, weiterhin nicht vor. Der Planer habe signalisiert, dass mittlerweile fast alle Unterlagen zur Bewertung und Berechnung vorliegen würden. Allerdings habe dies zeitlich nicht für den heutigen Ausschuss gereicht, so dass gehofft werde, dass zum nächsten Stadtentwicklungsausschuss die Verkehrsanalyse vorliege.

Abt.-Leiterin Schumacher ergänzt, dass man aufgrund dieses Hintergrunds nicht stagnieren, sondern weitermachen wolle. In vorherigen Diskussionen sei die Frage aufgekommen, ob die Möglichkeit gegeben sei, beides zusammenzufassen. Daraufhin habe sie sich mit der Ausschreibung zur Erstellung eines Gutachtens zu einer Machbarkeitsstudie für Parkhäuser mit integrierten Mobilitätsangeboten beschäftigt. Mittlerweile liege ein Ausschreibungsergebnis vor und es seien zwei gute Angebote eingegangen. Die SHP Verkehrsplanung aus Hannover würde in der Theorie den Zuschlag erhalten. Jedoch sei für den Zuschlag der ursprüngliche Ansatz in Höhe von 30.000 Euro nicht ausreichend. Das Submissionsergebnis habe beim Erstanbieter ein Ergebnis in Höhe von 41.983,20 Euro ergeben. Aufgrund des nicht vorliegenden Ergebnisses der Goethestraße und der eventuellen Möglichkeit, dass ein Mobilitätskonzept erstellt werden könne, spricht sie sich für die Beauftragung aus. In einem Gespräch mit den Stadtwerken und der Klimaschutzmanagerin sei angesprochen worden, dass ein Wärmenetz im Bereich des Lohmarktes angedacht sei. Bei einer Klimagarage auf dem Lohmarkt könne hierüber das geplante Wärmenetz angebunden werden. Sie informiert, dass sie hierzu für den kommenden VA eine Tischvorlage vorbereiten würde.

Landschaftswart Nalesinski berichtet über seine dreijährige Amtszeit als Landschaftswart. Er spricht seine Enttäuschung darüber aus, dass die vom Landkreis angedachte Erfahrungsaustausch-Sitzung erst im April des nächsten Jahres stattgefunden hatte und generell wenig Unterstützung aufgekommen sei. Die Zusammenarbeit mit der Stadt sei anfangs schwierig gewesen, besserte sich jedoch mit der Zeit. In den knapp drei Jahren habe er 35 bis 40 Anrufe von besorgten Bürgern erhalten. Hierbei seien Themen wie Abholzungsmaßnahmen und das Regenrückhaltebecken Ebbers Kamp aufgekommen. 15 Vor-Ort-Termine habe er als Landschaftswart wahrgenommen. Er informiert, dass er unter anderem bei einer Abholung einer Fläche hinter dem Reitstall in Rotenburg und bei einem beschnittenen Feldweg in Unterstedt beteiligt worden sei.

Er sehe es als seine Tätigkeit an, zwischen der Landwirtschaft und Bürgern bzw. Stadt zu vermitteln und dass jemanden anzuzeigen nicht von ihm gewollt sei.

Zuletzt habe er die Sparkasse angefragt, Baulücken mit Bienensamenmischungen zu bestücken. Die Bepflanzung hätte er selbst vornehmen wollen. Bedauerlicherweise sei dies erfolglos geblieben, da die Sparkasse nicht bereit gewesen sei, die Samenmischung zu bezahlen.

Abschließend erinnert er daran, dass in der letzten Stadtentwicklungsausschusssitzung Bgm Oestmann gewünscht habe, dass die Verwaltung mehr Kompetenz erhalte. Er merkt an, dass dies sehr schwer geklappt habe, da es quer durch die Parteien ein „Mimimi“ gegeben habe. Seines Erachtens würde die Entbürokratisierung so nicht funktionieren. Er gibt zu bedenken, dass man sich „an die eigene Nase fassen“ und überlegen solle, ob es nicht einfacher wäre, wenn der Verwaltung mehr Kompetenz überlassen würde. Letztlich wolle man

kein Atommüllendlager bauen. Man müsse mehr lockerlassen, da nicht alle Eventualitäten gelöst werden könnten.

Bgm Oestmann dankt Landschaftswart Nalesinski für seine Arbeit und spricht sich positiv über die Zusammenarbeit und ihn als Person aus. Er informiert, dass Landschaftswart Nalesinski für eine Wiederwahl vorgeschlagen worden sei.

TOP 13	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder	VorlNr.
---------------	---	---------

TOP 13.1	Nächster AStEnt am 11.06.2026	VorlNr.
-----------------	--------------------------------------	---------

AL Lauchart informiert, dass die nächste Stadtentwicklungsausschusssitzung am 11.06.2026 stattfinden werde.

TOP 13.2	Tag der Städtebauförderung	VorlNr.
-----------------	-----------------------------------	---------

Herr Salomon informiert darüber, dass der am 9. Mai stattfindende Tag der Städtebauförderung wie bereits im letzten Jahr online stattfinden werde. Zum 9. Mai werde zu diesem Anlass die neue Homepage zur Städtebauförderung veröffentlicht. Zudem werde am 06.06. ein Stand bei der Rowdinale bestehen, welcher über die Städtebauförderung informiere.

TOP 13.3	Entwicklungen zum Heidt-Haus	VorlNr.
-----------------	-------------------------------------	---------

RH von Hoyningen-Huene erkundigt sich nach der Entwicklung zum Heidt-Haus.

Bgm Oestmann nimmt die Anfrage auf. Diese müsse über das Ordnungsamt beantwortet werden.

Antwort im Protokoll:

Das Gebäude bzw. der Giebel ist augenscheinlich weiterhin einsturzgefährdet und es sollen entsprechende Absicherungsmaßnahmen erfolgen. Das Ordnungsamt stand bereits in Kontakt mit der Eigentümerin und dem Bauamt des Landkreises. Ein entsprechendes Verwaltungsverfahren zur Absicherung des Gebäudes wurde bereits eingeleitet und die Absicherungsmaßnahmen befinden sich in Abstimmung mit der Versicherung. Hierbei ist jedoch auch der Denkmalschutz zu beachten.

Folglich ist davon auszugehen, dass die Durchführung etwaiger Maßnahmen und somit die Beseitigung der von dem Gebäude ausgehenden Gefährdung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Demzufolge kann der Fußgängerweg aufgrund der weiterhin bestehenden Gefährdungslage bis auf Weiteres nicht geöffnet werden. Der Bauhof hat den Zaun dort Mitte Juni wieder verschlossen, da sich bereits Fußgänger unbefugt Zutritt verschafft und einer Gefährdung ausgesetzt haben.

TOP 13.4	Radwegbeschädigungen in der Bremer Straße	VorlNr.
-----------------	--	---------

RH von Hoyningen-Huene möchte für RH Hickisch wissen, ob es bei der Beschilderung in der Bremer Straße bleiben würde, welche auf Radwegschäden hinweist, oder ob etwas gegen die Schäden unternommen würde.

AL Lauchart entgegnet, dass der Bauhofauftrag zur Beseitigung der Schäden erteilt worden sei. Dieser habe bekannterweise sehr viele Baustellen im Stadtgebiet zu erledigen. Nach dem Sachstand werde sich erkundigt.

Antwort im Protokoll:

Die Behebung der Radwegschäden ist bereits seit längerer Zeit beauftragt. Herr Hesse wurde gebeten, die Schäden vordringlich, spätestens jedoch bis zum 15.07.2026, ausbessern zu lassen.

Vors. Schäfer schließt um 21:42 Uhr die Sitzung.

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.